„Der Courier"

Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. H. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3091

Abonnementspreis (im voraus zahlbar)
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25, drei Monate 75c; ein Monat 30c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht" usw. Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Canada und das britische Reich

Die Londoner Regierung hat an die britischen Dominions Einladungen zu einer neuen Reichskonferenz ergehen lassen, deren Aufgabe es namentlich sein sollte, über das Genfer Weltfriedens- und Schiedsgerichtsprotokoll zu beraten. Wie sich die Courierleser wohl erinnern werden, ist die Annahme dieses Protokolls bisher an dem Widerstand der englischen Konservativen und zum Teile auch an der Opposition einiger Dominions wie Australien und Neuseeland gescheitert. Die geplante Reichskonferenz hätte demnach hauptsächlich den einen Zweck, die Vertreter des Imperiums zu einem einheitlichen Vorgehen in der Frage zu veranlassen, um sie dann als Rückendeckung für die weitere Aktion der Londoner Regierung zu benützen.

Die verantwortlichen Männer in Australien und auch in Canada haben diese Absichten klar durchschaut und daraufhin rundweg erklärt, daß sie keine Vertreter zur Reichskonferenz entsenden werden. Neuseeland und das immer selbständiger auftretende Südafrika werden der Sache gewiß auch wenig Sympathie entgegenbringen. Folglich bleibt Baldwin mit seiner Idee allein auf weiter Flur.

Weit interessanter als diese Entwicklung sind die Preßkommentare, die in Canada laut werden. Führende englisch-canadische Blätter erklären offen und freimütig, daß die britischen Reichskonferenzen zwar in den letzten Jahren eine gewisse Berechtigung hatten, soweit, die innigen Beziehungen des Reiches in Betracht kamen, daß aber die Dominions keine Lust mehr verspüren, sich für die außenpolitischen Manöver der Baldwinregierung einspannen zu lassen. Andere werden noch deutlicher und sprechen den Reichskonferenzen jede Berechtigung ab, als „Regierungsagentur" für die Dominions zu handeln. Sie könnten höchstens eine zeremonielle Bedeutung haben und eine soziale Funktion ausüben. Was dem britischen Reich nottue, sei die Einrichtung eines geregelten diplomatischen Dienstes zwischen London und den Hauptstädten Canadas, Australiens, Südafrikas. Canada solle einen diplomatischen Agenten in London und Großbritannien einen solchen in Ottawa haben. Der Generalgouverneur solle nicht mehr als Beamter der britischen Regierung gelten usw.

Solche und ähnliche Vorschläge sind in den letzten Tagen in der englisch-canadischen Presse aufgetaucht. Werden sie verwirklicht, so bedeutet das eine ganz beträchtliche Lockerung des britischen Reichsgefüges. Denn Regierungen, die nur auf dem diplomatischen Wege des Notenaustausches und durch mündliche Verständigung mittels ihrer Gesandten miteinander verkehren, betrachten sich als vollständig souverän und als politisch voneinander unabhängig. Soweit das britische Reich in Frage kommt, darf man freilich nicht nur an diese Beziehungen denken, denn einer der Hauptfaktoren in dem großen britischen Staatenbund ist die weitverzweigte wirtschaftliche Interessengemeinschaft. Die namentlich in dem engen Verbündetsein großer Kapitalkräfte des „Mutterlandes" mit den auswärtigen Produktionsgebieten zum Ausdruck gelangt. Es wäre Torheit, diese Tatsache als geringwertig zu betrachten. Ja man kann sich dessen sogar freuen. Denn eine plötzliche Zerreißung alter geschichtlicher und wirtschaftlicher Zusammenhänge müßte unheilvolle Erschütterungen für Großbritannien und ebenso für Canada wie für die anderen Dominions zur Folge haben. Nur eine langsame fortschreitende Entwicklung kann unserem neuen Lande jene Freiheit im Leben der Völker geben, auf die die Hoffnungen führender canadischer Männer schon stets gerichtet waren.

Tausend Jahre deutsches Rheinland

Aus Anlaß der 1000jährigen Zugehörigkeit der Rheinlande zum Deutschen Reich werden in diesem Jahre an den Rheinufern von Worms und Speyer bis zur holländischen Grenze zahlreiche Veranstaltungen stattfinden, die sich auf die geschichtliche, wirtschaftliche und künstlerische Entwicklung der Rheinlande beziehen.

Die bedeutendste der für 1925 geplanten Feiern wird in Köln, der Metropole Westdeutschlands, unter Teilnahme des Reichspräsidenten und zahlreicher Reichs- und Staatsminister im Mai vor sich gehen. Eine Jahrtausend-Ausstellung in Köln wird einen Ueberblick über den Werdegang der Rheinlande in politischer, kultureller, gesellschaftlicher und auch sportlicher Richtung bieten. Außer einer Darstellung der geographischen Beschaffenheit des Landes durch Modelle, Karten und Bilder wird die staatliche Entwicklung durch das Mittelalter und die Neuzeit hindurch bis auf unsere Tage gezeigt werden. Dabei wird eine soziologische Gliederung vorgenommen, indem die Kultur des Adels, der Bauern und der Bürger getrennt vorgeführt wird. Die Darstellung des römisch-deutschen Kaisertums und der Kirche im Rheinland soll die erlesensten Schätze zur Schau stellen, u. a. den Kölner Dreikönigsschrein, den Siegburger Schatz und Kunstwerke der Mainzer Diözese, sowie aus den Kirchen von Trier und anderen bedeutenden Städten. Malerei, Plastik und Kunstgewerbe des Mittelalters werden sich in der Ausstellung der Kirchenkunst vereinen. Neben Wissenschaft, Unterricht, Literatur, Theater werden geselliges Leben, Jagd, Spiel, Turnier, Trachten Beachtung finden.

Köln hofft, diese Jahrtausend-Ausstellung zu der wertvollsten, die je in Westdeutschland veranstaltet wurde, zu gestalten. Auch Düsseldorf, Bonn, Koblenz, Trier, Mainz, Worms und Speyer bereiten großartige Jubiläumsfeiern vor.

Judenfeindliche Kundgebungen in Temesvar

In der Nacht vom 10. Dez. fanden an mehreren Stellen von Temesvar, Rumänien, judenfeindliche Demonstrationen statt, die verschiedene Ausschreitungen zur Folge gehabt haben.

Laut den amtlichen Feststellungen der Polizei sind die Kundgebungen folgendermaßen verlaufen:

Nach Mitternacht waren drei Polytechniker aus der inneren Stadt kommend, im Begriffe nach Hause zu gehen. Darunter befand sich auch der Polytechniker Constantin Beslen. Die Hochschüler gingen ruhig ihres Weges, als sie auf der Brücke, vor dem Hunyadiyabad, mit einer Schar jüdischer Fußballspieler des Sportvereines „Hakima" zusammengekommen sind. Die Hakimisten haben die drei Hochschüler, angeblich ohne Grund, angegriffen und mit Stöcken und sonstigen Schlagmitteln arg verprügelt. Man behauptet sogar, daß Beslen mit einem Messer schwer verletzt wurde. Die Fußballspieler waren eben beitreibt, die zwei Kameraden Beslens in das Wasser zu werfen, als die Polizei herangerufen kam und im letzten Moment eingreifen konnte. Beslen lag besinnungslos auf dem Boden, so daß die Polizei sofort die Rettung verständigte, die den Hochschüler den ersten Verband anlegten und ihn, auf Wunsch der Hochschüler in das Studentenheim brachten. Hier haben die zwei Kameraden Beslens den übrigen Kameraden den Vorfall erzählt, worauf diese aus den Betten sprangen und scharenweise, vor das jüdische Lazarett zogen, wo sie dann alle Fensterscheiben desselben zertrümmerten. Von hier zog dann die aufgeregte Hochschülerschaft in die Vorstädte, wo sie alle Hausier auch die öffentlichen Gebäuden, sogar die Kliniken mit Hakenkreuzen beschmierten. In dem Fabriker Kaffeehaus, wo den drei Leben kam es auch zu einer Schlägerei, wo sich die bedrängten Gäste mit Sodawasser flaschen, um verteidigt haben.

Es wurde ein junger Mann verhaftet, der dann verhört wurde. Er gab an, daß die Hochschüler schon am Abend einige Fensterscheiben des jüdischen Museums eingeschlagen haben und die Verprügelung der drei Hochschüler auf der Fabriker Hunyady-Brücke als diesem Grunde erfolgt sei.

Am 11. Dez. zogen die Hochschüler, von der Polizei begleitet, aus dem Hochschülerheime mit einer Nationalfahne auf den Hakenkreuz und brachten durch die Straßen und demonstrierten gegen die Juden.

Weltumschau

Deutschland.

Amtliche Kreise scheinen die Lage, die sich aus dem Aufschub der Räumung der Kölner Zone ergibt, weniger tragisch aufzufassen, als es von der Presse und der öffentlichen Meinung geschieht. Regierungsführer hoffen, daß die Pause über die Feiertage dazu beitragen werde, eine Beschwichtigung der jetzigen öffentlichen Entrüstung zu bewirken. Das schweigsame Verhalten der Regierungskreise, die auf eine Erörterung der von dem alliierten Botschafterrat beschlossenen Hinausschiebung des Abzugs aus der Kölner Zone nicht eingehen wollen, wird hier als ein Anzeichen gedeutet, daß die Londoner, Pariser und Brüsseler Regierung noch nicht zu einer völligen Verständigung in der Sache gelangt seien, und daß die Streitfrage noch zu weiteren formellen Verhandlungen zwischen den Alliierten und Deutschland führen werde. Wenn auch eine ansehnliche Stimmung für strikte Befolgung der in dem Versailler Vertrage vorgesehenen Räumungsfristen vorhanden ist, geht doch eine starke Strömung halbamtlicher und privater Meinung dahin, daß ein Kompromiß in der Frage des Kölner Brückenkopfes erträglich sein würde, wenn dadurch eine bestimmte Verständigung verbunden wäre, daß Frankreich und Belgien das Ruhrgebiet zu einem beträchtlich vorgerückten Zeitpunkt räumen würde. Eine endgültige und völlige Befreiung von Deutschlands wichtigstem Industriebezirke noch zwei Jahren in der ausländischer Okkupation wird aber als eine Frage von größerer Dringlichkeit betrachtet, als die Freigabe von Köln. In dieser Hinsicht wird gehofft, daß die Okkupationsbehörde durch einen weiteren Vorschlag die bestimmte Räumung beider Gebiete zusichern mögen, und zwar frühzeitig genug, um die deutsche Regierung und die öffentliche Meinung mit dem Verbleiben britischer Truppen in der Kölner Zone über den 10. Januar hinaus auszusöhnen.

Das Vorgehen des Botschafterrats hat indessen einen störenden Faktor in die deutsche innerpolitische Lage hineingetragen, dazu angetan, das Problem der Neubildung des Kabinetts im Hinblick auf die Gruppierung der Parteien unter dem Ergebnis der kürzlichen Reichstagswahlen schwieriger zu gestalten. Auf der einen Seite hat das Vorgehen des Botschafterrats die nationalistischen Parteien in ihrer unversöhnlichen Haltung gestärkt, während auf der anderen Seite die Sozialisten nur noch mehr sich gegen jeden Vorschlag sträuben, die Westarp-Partei an einem Kabinett teilnehmen zu lassen, dessen erste Aufgabe es sein würde, einen Ausgleich der schwierigen auswärtigen Lage herbeizuführen durch den von den Alliierten geplanten Aufschub der Räumung von Köln zu finden.

Reichskanzler Marx ist eine Eingabe von den städtischen Behörden von Saarlouis zugegangen, in der sie gegen die neuesten Pläne des französischen Premiers protestieren. Wie es in der Eingabe heißt, beabsichtigt Herriot auf die weitere Besetzung des Saargebietes zu verzichten, wenn Saarlouis und sieben andere Ortschaften Frankreich zum dauernden Besitz angegliedert werden. In dem Proteste heißt es, die Einwohner von Saarlouis und den anderen sieben in Betracht kommenden Ortschaften betrachten es als ihre heilige Pflicht, bei dieser Gelegenheit ihren Eid, bis zum Tode deutsch zu bleiben, treu bleiben zu wollen, zu wiederholen. „Wir waren gute Deutsche, wir sind gute Deutsche und wir wollen gute Deutsche bleiben," erklären sie. Sie sagen, sie seien ganz sicher, daß es bei der Volksabstimmung, die gemäß dem Versailler Vertrag in 10 Jahren stattfinden muß, erwiesen wird, daß die Bevölkerung des Saargebietes allezeit rein deutsch geblieben sei und stets deutsch bleiben werde. „Wir Einwohner von Saarlouis wollen die ersten sein, die diese Gefühle zum Ausdruck bringen, da wir keinen höheren Wunsch kennen, als wieder mit unseren deutschen Brüdern vereint zu sein," heißt es in der Eingabe.

Eine Abschrift dieses Protestes haben die Bürgermeister von Saarlouis an den Völkerbund und an den Premier Herriot gesandt.

Der leitende Direktor der Preußischen Seehandlung, Fritz Andre, wurde unter der Anklage, fortlaufend Veruntreuungen, welche zu einem Verlust von 15,000,000 Mark für die Bank geführt haben," in Haft genommen.

Frankreich.

Die Sozialisten haben den Premier Herriot vor der möglichen Gefahr, überstimmt zu werden, wenn die Amnestie Vorlage in der Kammer zur Verhandlung kommen wird, gerettet. Sie haben deshalben die Mitnahme, wie sie vom Senat abgeändert wurde, anzunehmen, wenngleich sie ihren Prinzipien nicht ganz entspricht. In diesen Entschluß knüpft sich die Bedingung, daß Herriot in der Kammer erkläre, er werde sein Möglichstes versuchen, alle Eisenbahnangestellte, die nach dem Streik im Jahre 1920 von den Gesellschaften entlassen wurden, wieder in ihre früheren Stellen einzusetzen, außerdem viele Begnadigungen vorzunehmen.

Premier Herriot gab dem amerikanischen Botschafter, Herrick mündliche Aufklärungen und Zusicherungen in Hinsicht auf Frankreichs Haltung zur Schuldenfrage. Er schickte ihm auch eine weitere Abschrift des Schreibens von Finanzminister Clementel. Er stellt fest, daß die Grundlage des Dawes-Plans auf Frankreich angewendet sind. Frankreich werde sich aber keiner solchen Kontrolle unterwerfen, wie die Alliierten sie jetzt über Deutschland ausüben.

Premier Herriot ist mit den Pariser Blättern über die Frage der Pressefreiheit in eine scharfe Fehde verwickelt. Das dürfte voraussichtlich gesetzliche Vorgehen gegen „Le Cri de Paris" wegen der Veröffentlichung geheimer die nationale Verteidigung und die Sicherheit des Landes nach außen hin betreffender Dokumente hat einen entschiedenen Protest des Grafen Etienne de Raleche, des Präsidenten des Pariser Preseklubs, erfolgt. Dazu ergossen sich die Anklagen der Opposition wie auch verschiedener neutraler Blätter, so flutet von „Matin", „Temps", „Journal des Débats", „Figaro" und „Intransigeant" in geharnischten Artikeln auf den Premier. Herriot vertheidigte, Matter charakterisierte das Vorgehen gegen „Le Cri de Paris" als einen defensiven Versuch, der Presse den Mund zu stopfen, um das sinkende Schiff zu retten. Graf de Raleche läßt sich in seinem Protest wie folgt aus: „Ich erblicke in durchaus begreiflicher Erregung die ganze Presse gegen mich werden dürfte, in diesem Vorgehen eine flagrante Beschränkung der Pressefreiheit. In diesem Lande, in welchem diese Freiheit noch so lang andauernden Anfechtungen ausgesetzt war, wünsche ich meine unmöglich, daß eine sich auf das allgemeine Wahlrecht gründende Regierung versuchen sollte, auf den veralteten Irrtum zurückzugreifen und einen der größten liberalen Siege desavouieren sollte, der die Grundlage und der Stolz unseres wirklich republikanischen Regierungssystems ist."

Der Premier stellt in seiner Erwiderung auf die Anschuldigung des Grafen de Raleche verschiedenen in Abrede, daß die Frage der Pressefreiheit irgendwie involviert ist. Er führt fort: „Sie wie uns in der Macht befinden, haben wir bei verschiedenen Gelegenheiten und den unglaublichsten Arten gewisser Indiskretionen der Presse zu rechnen gehabt, die mehr als einmal unsere diplomatischen Unterhändler in Verlegenheit brachten und drohten, ernste Verwicklungen hervorzurufen. Erst kürzlich hat die Presse, nur welche Sie sich ins Mittel legen, ist veröffentlicht, Form einen Bericht vertraulicher, der ernste Ungelegenheiten verursachte und nicht nur das Haupt der französischen Regierung, sondern auch den britischen Premier involvierte."

Rußland.

Nach Zeitungsdepeschen ist der russische Kriegsminister Trotzky noch immer in Moskau. Er soll sich zum Verlassen der Sowjethauptstadt bereit erklärt haben, wenn seine entlassenen Anhänger in ihre Stellungen wieder eingesetzt und seiner Widerbevergeltung ausgesetzt werden. Außerdem will er, daß seine Gegner im oberiten revolutionären Kriegsrat, namentlich General Finnow, aus der Behörde beseitigt werden. Den Depeschen nach stimmt man an, daß eine Verständigung zustande kommt. Trotzky's Freunde glauben jedoch, daß die Ausschiffung nicht von Dauer ist.

Die Sowjetregierung hat soeben durch ihre Agenten in New York 15,000 Tonnen Weizenmehl gekauft, das sofort in die Rote Armee zu liefern ist. Unterhandlungen für den Ankauf von etwa 200,000 Tonnen Mehl sind jetzt im Gange und auch diese sollen sofort abgeliefert werden. In London und New York kauft die bolschewistische Regierung Gold und Silber, um die Armee entlohnen zu können und sie unternimmt auch noch sonstige Schritte, um Devisen möglichst guter Kaufe zu erhalten und sie tauschlustig zu machen, indem sie für alle möglichen Anschaffungen sorgt, sodaß, wenn es zu Stande kommt, ein militärische Geodäter in Ausland daß Zahlig, daß die Sowjetregierung im Winter angedeutete Unruhen befürchtet, und alles tat, um die Armee für alle Eventualitäten bereit zu haben. Andere sind wieder der Ansicht, daß die russische Regierung alle diese Vorbereitungen trifft um die Armee, im Frühjahr in einem letzten verzweifelten Versuche den Bolschewismus weiter auszudehnen, in die Länder aus dem Balkan einmarschieren zu können. Sicher ist jedenfalls, daß sie all diese Vorbereitungen nicht ohne Grund trifft, und man kann gespannt sein, was die nächsten Wochen uns bringen werden.

Im Ausland greift die Ansicht, daß eine jüdische Republik errichtet werden sollte, rasch um sich. Regierungsvertretern und hervorragenden Juden gegenüber soll bestrochen worden sein, es ist bekannt, daß die Sowjets, die das Nationalitäten-Problem in ihrem Reiche grundsätzlich zu lösen suchen, durchaus gewillt sind, den Juden vollkommene Unabhängigkeit zu gewähren, vorausgesetzt, daß alle jüdischen Interessen vereinigt und eine homogene Kolonie innerhalb der Soviet-Union gefunden werden kann. Es leben jetzt seit etwa sechs Millionen Juden in Rußland, die über ein weites Gebiet zerstreut sind.

In einem Interview mit Botschafter Herrick sagte dieser, daß Rußland die Schulden, welche das zaristische Rußland gemacht habe, nicht zu zahlen gedenke. Die Sowjetregierung betrachte die Forderung der fremden Regierungen an Rußland als ungerechtfertigt.

England.

Große Hoffnungen werden an der Tagung des Jahres die Hoffnung, daß die langst erwartete Abrüstung des Handels erzielt und die Arbeitslosigkeit beseitigt. Das Jahr 1924 durch die Ankunft und den Abgang der ersten Arbeiterregierung denkwürdig, welcher die Verwaltung des Reiches anvertraut war. Die Tatsache, daß der jüngsten Minister, die dieser eine britische Regierung nach dem Kriege gehabt hat, Kraft wirkt. Auswärtige Beziehungen besserten sich, Handel und allgemeine materielle Erholung infolge des Dawes-Plans setzt sich in Handel. Viele bis Jahren ungenutzte Fabriken können wieder in Betrieb gesetzt werden.

Die Arbeitslosigkeit ist so gründlich noch vermindert, wie bei Beginn des Jahres. Im November waren noch immer 1,200,000 Leute beschäftigungslos. Inzwischen stiegen die Lebenskosten weiter. Rationsmittel allein gegen um sechs Prozent, das ist mehr als im Jahresdurchschnitt des letzten Jahres. Die Kohlenlage ist ungünstig. Für Oktober-November-Dezember Einfuhr-Ausfuhrzahlen um 12½ Prozent.

Industrie und alle Zweige der Industrie erfreuen sich keiner Besserung im gesetzlichen und industriellen Leben. Die Eisenbahnen, von 20 Prozent der Syndikate in Fabriken, welche amerikanische Baumwolle verwenden, erwarten am 1. Dezember ihre Sechsstundigen Arbeitstag von 48 auf 47 Stunden. Andere Industrien werden einen ähnlichen Ausblick. Der vorige Jahr angenommene Plan, Getreide aus Kolonien zu beziehen, ist in Vorbereitung und wird den Handel sehr bedeutend fördern. Die gleiche Wirkung steht durch die große Ausstellung im Wembley zu erwarten, wo Händler aus allen Teilen des Reiches hier zur Schau stellen. Nach einem kürzlichen Beschluß wird die Ausstellung im Jahre 1925 wieder geöffnet werden. Natürliche Erzeugnisse und Fabrikate aus allen Teilen des Reiches werden hier einen britischen Weltmesser aufgestellt.

Jugoslavien.

In Belgrad fanden gestern die Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Ministerpräsidenten Pasitsch statt. Bulgariens und Jugoslaviens, Griechenlands und der amerikanischen Vertreter, die Vertreter der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Albaniens, Frankreichs, Italiens und Englands waren anwesend. Nach der Trauerfeier begab sich der Trauerzug nach dem Bahnhof, wo der Sarg auf einen Leichenwagen gehoben wurde, der ihn nach Belgrad brachte. Dort wurde der Sarg auf einen Leichenwagen gehoben, der ihn nach dem Friedhof brachte. Dort wurde der Sarg in die Gruft gesenkt. Die Trauerfeierlichkeiten dauerten drei Stunden.

Holland.

Wenn der verdammende Beifall, welcher der Königin-Mutter Emma von Holland bei ihrer Ankunft in Batavia zuteil wurde, auf die Stimmung des Landes wirkt, so ist die Bevölkerung des Königreiches wohl in der Tat in einer ausgezeichneten Laune. Die Vorbereitungen für Aufnahme von Prinz und Prinzessin Heinrich, früher Oberbefehlshaber der holländischen Armee, in einer öffentlichen Debatte gegenüber. Die größte Parlamentsmehrheit im holländischen Schloß hat gestern mit voll. Worten kundgetan, daß die Kriegsgeistar trotz der weiter Abrüstungen nicht völlig von der Welt beseitigt ist. Sie wünschten Hollands Lage in Falle eines neuen großen Krieges angesichts der Tatsache, daß das Land wie durch ein Wunder dem Schicksal entging, in den Weltkrieg gezerrt zu werden. Sie stellten die Frage, wie Hollands Sicherheit für die Zukunft am besten verbürgt werden kann. Der Professor trat für vollständige Entwaffnung ein. Dagegen erklärte der General, daß nur eine angemessene Vorbereitung den Feind aus dem Lande zu halten vermag. Professor van Embden rief durch Schilderung der Schrecken des Gaskrieges, Entsetzen unter seinen Zuhörern hervor. „Wenn der nächste Krieg und bewegtest sind," sagte er, „so werden wir vollständig und unrettbar verloren sein." Der General wies darauf hin, daß Holland von einer kriegführenden Macht überrannt werde, wenn es keine Mittel zum Widerstand besitze. Die Forderung des Generals auf Bereitschaft wurde mit Ruten bekämpft, daß kein weiteres Geld für Krieg bewilligt werden dürfe. Am Schlusse sang die Versammlung antimilitärische Lieder.

Italien.

Die soeben veröffentlicht Denkschrift von Cesare Rossi, der unter Anklage der Beteiligung an der Ermordung des sozialistischen Deputierten Matteotti ist, hat hier allgemeines Aufsehen erregt. Rossi lehnt die Verantwortung für Gewalttaten gegen verschiedene Deputierte und andere Personen des Premier Mussolini zu. Indessen wird von einem Teil der Presse und von Personen die in der Denkschrift erwähnt sind, Partei für den Premier genommen.

Spanien.

Das Militärdirektorat, welches Spanien regiert, kann Ende Januar wollens, sobald eine neue politische Organisation konstruktiver Fähigkeiten, als Ersatz geschaffen ist. Diese Beweglichkeit in den Mitgliedern des Direktorats und anderen führenden Spaniern kommt in Artikeln anläßlich der Jahresfeiern des Königs zum Ausdruck.

Die Zeitung „A B C" veröffentlichte eine amtliche Erklärung des amerikanischen Botschafters Alexander P. Moore, welche die Anschuldigungen des französischen Schriftstellers Lonez gegen König Alfons verwirft, und dem Verhalten des Königs während des Weltkrieges besonderes Lob zollt.

China.

195 Plünderer und Brandstifter, welche mit ihrer Beute auf dem Bahnhof in Schanghai festgenommen wurden, sind, wie offizieller Bericht des Militärgouverneurs des Shantar Distrikts meldet, verurteilt und hingerichtet worden. Die Erschießung erfolgte, wie erklärt wird, im Interesse militärischer Disziplin; zwei Regiments- und drei Bataillons-Führer hatten sich an der Meuterei und dem Plünderungswerk beteiligt, laut dem Bericht. Der Stabschef in Nanking und andere Offiziere, die sich mit der Truppen der Plünderer nur wenig beschäftigt hatten, werden von einem Militärgericht abgeurteilt werden. Die Auflösung der meuterischen Truppen ist geordnet worden.

Bei der Plünderung von Nanking, 111 Meilen südwestlich von Peking, in der Nacht vom 16. Dezember, wurden ausländische und andere ausländische Geschäftsstraßen ausgeraubt worden.

Indien.

Auf dem in Bombay tagenden Kongreß der Nationalmohammedanischen Liga von ganz Indien erklärte Sayed Raja Ali, ein Mitglied des Staatsrats, Führer der Partei, würde, daß der Wunsch aller Parteien nach Selbstregierung heute stärker denn je sei. Er forderte die indische Regierung und die Kongreßregierung auf, mutig zu handeln und dem Wunsch des indischen Volkes entgegenzukommen.

Ver. Staaten

Senator Duncan, Vorsitzer des Marinekomitees des Senates wurde mitgeteilt, Präsident Coolidge hoffe, daß es möglich sein werde, innerhalb eines Jahres eine zweite internationale Konferenz zur Einschränkung der Flottenrüstungen abzuhalten.

Wenn über eine solche Konferenz vorgeschlagen werden sollte, wurde der Präsident seinen ganzen Einfluß aufbieten, um sie zustandezubringen, aber ausgeschlossen sei er auch nicht abgeneigt, eine solche Konferenz einberufen werden wird.

Vom Völkerbund.

Nach weiterer Prüfung der deutschen Note, die Antrag von Deutschlands Beitritt zur Liga Bezug nahm, haben die zuständigen Ligabehörden den Eindruck gewonnen, daß Deutschland eine Zusammenarbeit wünscht, wie die der Schweiz unter dem Organisat, und daß es zum Anschluß an die Liga bereit ist, wenn dadurch seine freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland nicht gefährdet würden.

Es wird angenommen, daß irgend welche Entschließungen der Ligamitglieder in dieser Angelegenheit vor den weiteren Schritten der Großmächte auf Grund des Berichts der alliierten Militärkontrollkommission über die gegenwärtige Rüstungslage in Deutschland gefangen werden.

Sir Eric Drummond, Generalsekretär der Völkerliga, hat den deutschen Außenminister Dr. Stresemann schriftlich benachrichtigt, daß er die deutsche Note an alle Mitglieder der Liga übermittelt hat.

Wozu das Kartenspiel, Menschen, die keine Karten auszutauschen haben, mischen Karten.
Schopenhauer.

Feine Lebensart, gesellschaftliche Eleganz zu vermitteln suchen, haben nur einen Zweck: Sie sollen Schwächen in der Weltbildung zustopfen und Schmutzflecken der Seele zudecken. Der gebildete Mensch braucht diesen Firlefanz nicht.
Schopenhauer.

Dummheit und Stolz
Wachsen auf einem Holz
Altes Sprichwort.

Die Lage in Oesterreich

Von Waldemar Quaiser-Wien.

Ueber zwei Jahre hielt Dr. Ignaz Seipel allen außenpolitischen und innerpolitischen Schwierigkeiten stand und erreichte zumindest, daß der Staat Deutschösterreich wiederum eine Rolle, wenn auch eine geringfügige nach außen, spielen kann, die auf moralischen Grundfesten ruht. Mit einem relativ geringen Betrag von 650 Millionen Goldkronen würde die Sanierung eingeleitet — heute stehen noch etwa 215 Millionen zur Verfügung — und das große Werk zur Rettung Oesterreichs, fundamentiert in den Genfer Protokollen und im österreichischen Wiederaufbaugesetz geht seiner Vollendung entgegen. Ein kurzer Weg, wenn auch ein sehr schwieriger, ist noch zurückzulegen. Der Staat, der seine Grenzen trotz allem schützend um seine Bewohner legt, ist uns erhalten geblieben, der Wert der Krone ist stabil und wird stabil bleiben, so daß wir bei aller Kritik über die Durchführung der Sanierung zunächst einmal den Boden wiedergefunden haben, der für die Existenz jedes Einzelnen maßgebend und wichtig ist.

Von außen sieht man öfters die österreichische Sanierung unter oberflächlicher Betrachtung. Man findet Worte der Demoralisierung und der „Verschwörerung", die jeder tatsächlichen Grundlage entbehren, die obendrein noch falsch und irreführend sind und zweifellos von keinem Menschen geschrieben sein können, der das Elend Deutschösterreichs seit dem Zusammenbruch mitgemacht hat. Oesterreichs staatliche Sanierung ist eine sittliche Tat! Man bedenke doch, was es heißt und wie es demoralisierend wirkt, wenn Monat für Monat Hilferufe aus Oesterreich kommen — und so war es 1919 bis 1922 —, wenn kein Mensch mehr von seiner Hände Arbeit zu leben imstande ist, wenn der Bettel auf allen Linien zum Programm gemacht wird. Ich denke schaudernd daran, daß bald Oesterreich von wohltätigen Aktionen des Auslandes lebte, daß man als irgend ein Büro ging und sich eine Anweisung auf einen Anzug, auf einen Stoff, auf Lebensmittel und dergleichen ausstellen ließ. Der Sinn dafür, daß der verdiente Lohn der Gradmesser für alle Ausgaben ist, schien überhaupt geschwunden zu sein.

Heute ist die Situation eine ganz andere. Dank der Spitzenorganisierung und der Kontrollpolitik besteht die Möglichkeit, einen Staatshaushalt aufzustellen und einen geordneten persönlichen Haushalt, wenn auch einen sehr bescheidenen, zu führen. Es kann hier nicht weiter interessieren, die Ziffern gegeneinander abzugrenzen, es können auch die wieder aufgelebten kulturellen Bedürfnisse zur Befriedigung kommen.

Eine solche Lebenslage als „Demoralisierung" zu bezeichnen, ist wohl arg daneben gegriffen.

Während der Staat, die Länder und die Gemeinden bereits heute oder in naher Zukunft mit sanierten Verwaltungskörpern rechnen können, ist der Weg der Privatwirtschaft, der eine verzweifelte Situation unseres Landes wiedergeben könnte, ist durchaus nicht am Platze. Gewiß macht sich die Ueberteuerung und die damit zum Teil verbundene Teuerung geltend, aber die Reaktion in dieser Richtung ist so stark, daß ihr Staat, Länder und Gemeinden auf die Dauer nicht widerstehen werden können.

Fest steht, daß auf allen Linien unter Anspannung aller Kräfte am Wiederaufbau Oesterreichs gearbeitet wird. Und wenn auch auf solches Volk — siehe Eisenbahnerstreik — noch immer Rückfälle bekommt, die an die alte Krankheit gemahnen, so ist der Deutschösterreicher meilenweit von Demoralisierung entfernt.

(Fortsetzung auf Seite 4.)